

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine
und der Fraktion DIE LINKE.

Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, eine gesetzliche Regelung für die Erhebung einer Börsenumsatzsteuer zu schaffen. Der zu erhebende Steuersatz soll ein Prozent auf alle Geschäfte mit Wertpapieren betragen.

Berlin, den 15. Januar 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Mit dem Finanzmarktförderungsgesetz vom 22. Februar 1990 wurde die bis dahin im Kapitalverkehrssteuergesetz verankerte Börsenumsatzsteuer aufgehoben. Das Kapitalverkehrssteuergesetz hat zum 31. Dezember 1991 seine Gültigkeit verloren.

Mit der Aufhebung der Börsenumsatzsteuer wurde bezweckt, vermeintliche Nachteile des Finanzplatzes Deutschland im internationalen Wettbewerb zu beseitigen. In dem „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kapitalverkehrssteuergesetzes“ (Bundestagsdrucksache 11/4711) vom 6. Juni 1989 heißt es:

„Der Gesetzentwurf hat einerseits die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland gegenüber den übrigen Finanzplätzen in der EG zum Ziel (Abschaffung der Börsenumsatzsteuer)...“.

In anderen EU-Ländern wird die Börsenumsatzsteuer jedoch nach wie vor erhoben, darunter Großbritannien als einem der weltweit größten internationalen Finanzplätze. In Großbritannien beträgt die Börsenumsatzsteuer 0,5 Prozent, in dem häufig als „Steuerparadies“ bezeichneten Irland 1 Prozent, in Finnland 1,6 Prozent (International Bureau of Fiscal Documentation, IBFD, The Taxation of Companies in Europe, Internationale Kennzahlen, 2005, S. 7).

Deutschland hat heute – gemessen an der Börsenumsatzsteuer – also keinen Wettbewerbsnachteil, sondern unterbietet andere Finanzplätze.

Die Londoner Börse wiederum ist – gemessen am durchschnittlichen Tagesumsatz – trotz der dort erhobenen Börsenumsatzsteuer zuletzt um über 10 Prozent gewachsen (World Federation of Exchanges, Report on Statistics 2005, März 2006, S. 76). Dies widerspricht der in dem Gesetzentwurf zur Aufhebung der

Börsenumsatzsteuer angeführten Behauptung, „Kapitalverkehrssteuern behindern in einer modernen Volkswirtschaft die Mobilität des Finanzkapitals und stellen deshalb Störfaktoren für den Wirtschaftsablauf dar.“

Vor diesem Hintergrund sollte die Börsenumsatzsteuer auch in Deutschland wieder eingeführt werden. Das gilt insbesondere, wenn die Bundesregierung die allgemeine Umsatzsteuer anhebt, um den Haushalt zu konsolidieren. Die in der breiten Öffentlichkeit als Mehrwertsteuererhöhung diskutierte Anhebung der Umsatzsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent zum 1. Januar 2007 belastet mehrheitlich Menschen mit niedrigem Einkommen. Besonders betroffen sind Arbeiterinnen und Arbeiter, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitslose. Sie mussten in den zurückliegenden Jahren deutliche Einkommensverluste hinnehmen.

In der Kapitalmarktstatistik der Deutschen Bundesbank werden für das Jahr 2005 Börsenumsätze von insgesamt 3,8 Bio. Euro ausgewiesen. Bei einer Börsenumsatzsteuer von 1 Prozent auf alle Wertpapiertransaktionen entspricht dies Steuereinnahmen von 38 Mrd. Euro. Eine erhebliche Verminderung der kurzfristigen spekulativen Käufe und Verkäufe unterstellt (Lenkungseffekt), würden immer noch etwa 30 Mrd. Euro Steuern aufkommen.

Die Börsenumsatzsteuer ist ein Instrument gegen die übertriebene Spekulation mit Wertpapieren. Diese hat sich immer wieder verheerend auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung ausgewirkt. In diesem Zusammenhang und beeinflusst durch die furchtbaren Folgen des Börsenzusammenbruchs 1929 hat der Ökonom John Maynard Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ bereits 1936 eine Steuer auf alle Börsengeschäfte gefordert, um die durch Spekulationen verursachte Instabilität an den Finanzmärkten zu begrenzen:

„The introduction of a substantial Government transfer tax on all transactions might prove the most serviceable reform available, with a view to mitigating the predominance of speculation over enterprise in the United States.“ (John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936, S. 159 bis 160).

Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat diese Forderung nach dem Börsencrash 1987 in den USA erneuert (Joseph E. Stiglitz, „Using Tax Policy to Curb Speculative Short-term Trading, *Journal of Financial Services Research*, 1989, 3, S. 101 bis 115).